

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1833

43 (13.7.1833)

Landtags-Zeitung.

Tägliche Mittheilungen aus den Verhandlungen der Stände des Großherzogthums
Baden im Jahr 1833.

N^o. 43.

Karlsruhe 13. Juli.

XX. öffentliche Sitzung der II. Kammer.

Karlsruhe, den 8. Juli 1833.

Präsident: Der Vicepräsident Duttlinger.

(Fortsetzung.)

Der Redner (v. Tschepp) fährt fort:

3) Die Eisenhütten sind Staatseigenthum, das Recht aber, das Eisenerz zu Tage zu fördern, wo es sich findet, gehört unter die Regalien, das der Staat gegen Entschädigung des Eigenthümers der Oberfläche für die ihm entgehende Benutzung, so lang bis der eingeebnete Boden wieder Früchte trägt, ausüben kann. Ohne gleichmäßige Uebertragung dieses Rechts können die Hochöfen nicht bestehen. Es scheint mir aber bedenklich, ein solches Regal Privaten zu übertragen, und ich besorge Prozesse ohne Zahl, die zwischen habgierigen Eigenthümern und dem Eigenthümer der erhaltigen Grundstücke entstehen dürften. — 4) Wenn auch die Käufer der Werke die jetzt bei denselben angestellten Staatsdiener übernehmen können, so steht es in Frage, ob dieß geschieht, und ob die patentirten Staatsdiener bei ihnen eintreten wollen. In beiden negativen Fällen kommen sie auf die ohnehin unverhältnißmäßig begabte Pensionsliste, wenigstens so lang, bis Stellen offen werden, die ihnen verliehen werden können. Wie aber ist es mit jenen, die mit Patenten noch nicht beglückt wurden, und die im Vertrauen auf den jetzigen Bestand und dereinstigen Vorrückens ihr Leben und Vermögen diesem Fache widmeten? — 5) Noch prekärer ist der Zustand der zahlreichen Arbeiter bei diesen Werken. Sie, die bisher ihren tarifmäßigen Lohn erhielten, selbst einen bestimmten Theil desselben bei temporärem Stillstand der Werke zurückerlieffen, oder die bei Unfähigkeit zu weiterem Verdienst Unterstützung zu erwarten hatten, von denen viele auf dem Werk geboren und erzogen sind, nirgends anderswo

Bürgerrecht besitzen, — diese stehen in Gefahr, nahrungslos oder Sklaven der Privateigenthümer zu werden, die sie benutzen, so lang sie ihrer Dienste bedürftig, die ihnen den Lohn nach Willkür abdrücken, und wenn sie verarmen, dem Elend und dem drückendsten Mangel zur Beute lassen, wie uns gerade jene Länder Beispiele liefern, deren florirende Eisenwerke uns angerühmt werden. Es ist dort Triumph des Reichthums und Fluch der Armuth! — Ich stimme für die Verwerfung des uns vorgelegten Gesetzeswurfs. —

Finanzminister v. Böckh: Wenn ich die Ehre habe, einige Worte über diesen Gegenstand an Sie zu richten, so geschieht das durchaus nicht in der Absicht, Sie für die Annahme des Gesetzes stimmen zu wollen. Ich bemerke dieß, weil es gegen meine Gewohnheit ist, einen solchen Entwurf nicht ihrer Zustimmung zu empfehlen. Die Verhältnisse, worüber ich zu Ihnen sprechen will, berühren die der Regierung zu der Kammer in Beziehung auf diesen Gegenstand. Ich werde dabei diejenige Aufrichtigkeit beobachten, die ich mir bei allen Verhandlungen der Kammer zum Gesetz machte, und so sage ich Ihnen offen, daß die Regierung durch die Vorlegung dieses Entwurfs Ihrem Wunsche entsprochen hat, um einen langen Streit zu entscheiden. Lesen Sie die Verhandlungen der Kammer vom Anfang bis zu 1831, so werden Sie finden, daß jedesmal bei den Budgetnachweisungen der Regierung gesagt wurde, die Verwaltung des Staats rücksichtlich der Eisenwerke taue nichts, aus dem allgemeinen Grunde, weil es überhaupt nicht rathlich sey, daß der Staat Gewerbe treibe. Der Staat solle die Gewerbe den Bürgern überlassen. Diese wüßten sie besser zu betreiben, diese betrieben sie im eigenen Interesse. Ihrer Betriebsamkeit, ihrem Speculationsgeist gelinge viel, was die Staatsverwaltung vergeblich zu erreichen strebe. Die besten Beamten, an Formen und Con-

trolen gebunden, seyen nicht im Stande, das zu bewirken, was ein Privatmann bewirke. Denn ihre Bewegung sey zu schwerfällig. Auf jedem Landtage wurde uns gesagt, die Aufhebung dieses eigenen Betriebs werde viele Beamte überflüssig machen, es werde die Verwaltung vereinfachen, und dahin müsse man arbeiten, weil daraus ein großer Gewinn entstehe. Um diesen lange dauernden Widerspruch endlich beizulegen, hat sich die Regierung entschlossen, auf den im Jahr 1831 von der Kammer wiederholt ausgesprochenen Wunsch einer Vorlage über den Verkauf der Eisenwerke Ihnen einen solchen Gesetzentwurf zu übergeben. Wenn Sie demselben beistimmen, so ist damit die Sache noch nicht erledigt. Denn es wird wesentlich darauf ankommen, was dann der Verkaufsvoruch für ein Resultat hat. Lange und große Geschäfte werden sich gewiß ergeben; ob aber ein Kaufspreis erzielt wird, der uns das procentliche Capital liefert, das erlaube ich mir vorläufig zu bezweifeln. Wenn indessen der Versuch gemacht ist, so wird der Streit zu Ende seyn. Geben Sie Ihre Zustimmung nicht, so wird die Regierung darin durchaus keine Verwerfung ihres Gesetzentwurfs finden, — nein! — sie wird dasjenige darin sehen, was es eigentlich ist, nämlich eine Zurücknahme der Bitte der Kammer, die Eisenwerke zu verkaufen. Und auch dieses hat für die Regierung Werth, weil sie darin die Erklärung finden wird, daß die Kammer sich eines Besseren überzeugt habe, daß sie jetzt glaube, die Beibehaltung der Eisenwerke sey für das Land nützlicher, — der möglicherweise höhere Ertrag sey nicht in Anrechnung zu bringen gegen anderwärtige Nachteile, die mit der Veräußerung verbunden seyen. Die Regierung wird darin die Erklärung finden, daß die Sache künftig auf sich beruhen solle, und selbst dieses wird für die Zukunft ein Gewinn seyn. Wir werden uns dann nicht mehr bei jedem Landtage mit einer und derselben Frage zu befassen haben, — kurz! die Sache wird entschieden für lange, für so lange, als die Verhältnisse ungefähr dieselben bleiben werden.

Blankhorn: Ich gehöre zur Minorität. Früher schien mir der Verkauf der Eisenwerke dem allgemeinen Interesse als vortheilhaft, einmal, weil ich glaubte, daß sie in den Händen von Privaten eine größere Ausdehnung erlangen, und mehr Verdienst, mehr Producte hervorgebracht werden könnten; sodann aber auch, weil ich glaubte, daß der Staat so wenig als möglich Gewerbe treiben solle, und weil ich hoffte, sie würden einzeln verkauft werden können. Nun aber habe ich mich überzeugt, daß eine solche Veräußerungsart

nicht thunlich ist, und habe unter diesen Umständen die Besorgniß, sie möchten in die Hände großer Speculanten fallen, und es könnte eine Zeit eintreten, wo wir nur theures Eisen erhalten könnten. England und Schweden z. B. kommen hier nicht in Betracht, da bei uns ganz andere Verhältnisse obwalten. Sodann habe ich auch das Bedenken, daß für unsere Staatswaldungen Gefahr daraus hervorgehen könnte. Großen Compagnien stehen große Mittel zu Gebot, und es geht hier zuweilen, ohne Jemand zu nahe treten zu wollen, auf eine Weise zu, wie man es nicht immer wünscht! — Endlich glaube ich auch, man sollte die Domainen möglichst zu erhalten suchen, besonders solche, die acht Procent tragen, ob ich gleich wünsche, daß sie nicht mehr so viel abwerfen möchten, d. h., daß der Staat seinen Profit mehr darin suchen möchte, den Bürgern wohlfeileres Eisen zukommen zu lassen.

Lauer erinnert daran, daß er im Jahr 1831 als Berichterstatter über diesen Gegenstand in Folge eines einstimmigen Beschlusses der Budgetcommission den Antrag auf den Verkauf dieser Eisenwerke zu stellen gehabt habe, und sucht dann in ausführlicher, vollkommener Sachkenntniß bekräftigender Darstellung alle Einwendungen zu widerlegen, die jetzt gegen die frühere Ansicht aufgestellt werden.

Welcher spricht mit Nachdruck gegen die Veräußerung der Eisenwerke, indem er alle Gefahren und Nachteile auseinander setzt, die für die öffentlichen Interessen, für den Staat, für die dabei angestellten Arbeiter und für die Landwirthschaft und Gewerbe, die des Eisens bedürfen, daraus hervorgehen würden, und ebenso die Vortheile beleuchtet, welche der eigene Betrieb des Staats gewähre, sich dabei auf eine gedruckte Abhandlung des jetzigen Berichterstatters (Walchner) selbst berufend, die er theilweise vorliest. Er schließt mit den Worten: Diese und andere Gründe machen mich zweifeln, und wenn ich einen solchen Zweifel habe, besonders wenn die Existenz und das Schicksal von ganzen Familien armer Bürger gefährdet ist, so halte ich es durchaus für rathlich, die Sache beim Alten zu lassen und nichts abzuändern.

Ziegler: Meine Abstimmung wegen Verkaufs der Eisenwerke geht aus folgenden Betrachtungen hervor: 1) Der Grundsatz, daß der Staat kein Gewerbe treiben solle, findet keine Anwendung, wo der Staat mit Vortheil und ohne Unterdrückung der Privatindustrie wirthschaftet. Dieser Fall ist bei den Eisenwerken vorhanden. 2) Die Erfahrung zeigt

uns, daß die ärarischen Eisenwerke in unserm Lande wenigstens eben so gut, ja vielleicht noch besser betrieben werden, als jene Eisenwerke, welche sich in den Händen der Privatleute befinden, und daß also eine Bervollkommnung des Betriebs bei dem Verkauf nicht zu erwarten ist. 3) Die in Aussicht gestellte Ausgabe von 200,000 fl. zur Erbauung von Walzwerken kann nach meinem Bedünken auf die Frage wegen des Verkaufs der Eisenwerke nicht influiren, weil die etwaigen Kaufsliebhaber bei Bestimmung ihrer Gebote ebenfalls hierauf abheben müssen. 4) Das bedeutende Capital, welches zum Ankauf der Eisenwerke nöthig ist, wird besser für den Landbau oder zur Erweiterung anderer bestehenden, oder zur Einrichtung neuer Gewerbe verwendet werden, wenn es nicht in der Acquisition und in dem Betrieb der Eisenwerke seine Anwendung finden kann. Denke ich mir dabei auch nur noch einige Wahrscheinlichkeit für Auffindung von Steinkohlenlagern, so muß ich gegen den Verkauf der Eisenwerke stimmen.

Fecht und Schinzingler sprechen nach einander ebenfalls gegen den Verkauf, der Erstere die Sache von der moralischen und politischen, der Andere dieselbe von der finanziellen und staatswirthschaftlichen Seite betrachtend.

Winter v. Heidelberg spricht für den Verkauf, und schließt mit den Worten: Die Bemerkung, die ich von dem Hrn. Finanzminister in Bezug auf den Eindruck hörte, den es auf die Regierung machte, wenn die Kammer einen früher gefaßten Beschluß abänderte, oder zurücknahme, hat einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, und ich hoffe, es wird dieß auch bei der Kammer der Fall gewesen seyn. Ich schätze es sehr, daß uns der Herr Finanzminister dieses gesagt hat.

v. Rotteck: Schon bei der ersten Discussion habe ich mich gegen den Verkauf erklärt, und zwar größtentheils aus denjenigen Gründen, die heute durch die uns verlesenen Bittschriften theiliger Gemeinden kräftig unterstützt wurden, so wie auch aus andern während der heutigen Discussion angeführten Gründen. Ich bin zwar nicht ganz der Meinung, die ein Redner vorgetragen hat, daß man im Zweifel die Sache beim Alten lassen müsse, sondern bekenne mich zur Bewegungspartei, und sage, daß es oft sehr gut ist, selbst wenn noch einige Zweifel obwalten, jedoch die Wahrscheinlichkeit für den gewünschten Erfolg ist, einen Versuch zur Verbesserung zu machen. Alles in der Welt kann möglicherweise bezweifelt werden, und dieser

Grundsatz in einer gewissen Ausdehnung ausgelegt, könnte gefährlich werden und zum völligen Stillstand führen. Wenn ich aber auch in vorliegendem Fall einen Zweifel hätte haben können, so würde mich der Hr. Finanzminister vollkommen für die Verneinung bestimmt haben, zwar nicht durch dasjenige, was er in Bezug auf diesen Gegenstand, aber durch dasjenige, was er früher über die Nachweisungen der Amortisationscasse sagte, als er nämlich behauptete, daß der Satz des §. 58 der Verfassung. „Der Erlös der Domainen müsse zu neuen Erwerbungen verwendet werden,“ so zu verstehen sey, daß die Regierung durchaus freie Hände habe, den Erlös zu Anschaffungen zu verwenden, ohne irgend eine Theilnahme der Stände. Wir haben zwar diesen Satz nicht anerkannt, allein es kann doch factisch die Interpretation so geschehen, und demnach muß die Kammer sehr bedächtig seyn, der Veräußerung einer Domaine beizustimmen. Denn sie könnte in den Fall kommen, daß eine Domaine, die zwar vielleicht minder vorthellbringend als andere wäre, oder für deren Veräußerung einige andere scheinbare Gründe sprächen, wirklich veräußert, aber dann dafür etwas Anderes angeschafft würde, was für die Interessen des Volks noch weniger vorthellhaft wäre. Die übrigen Gründe, die vorgetragen wurden, verdienen zwar Anerkennung, allein ich würde doch noch wankend seyn, wenn der Hr. Finanzminister nicht dieses behauptet hätte. Ich stimme daher gegen den Verkauf.

Buhl: Wer für den Verkauf der Eisenwerke stimmen will, steht auf einem sehr ungünstigen Platz für seine Vertheidigung. Denn alle Gründe zu entwickeln, die dafür sprechen, erlaubt die Klugheit nicht, wie der Hr. Finanzminister richtig bemerkt hat. Wer etwas verkaufen will, steht auf demselben Platze, wie derjenige, der eine Disposition zu einer Schlacht macht. Wenn er sagt, wo er angreifen wolle, so kann er nie Sieger werden, außer durch Uebermacht. Die Hauptmotive, die zum Verkauf bewegen, kann man nicht dem Käufer ins Gesicht sagen. Ich halte mich aber bloß an die Widerlegung desjenigen, was von der andern Seite als nachtheilig hervorgehoben wurde. Der Abg. v. Tscheppe glaubt, daß die Arbeiter sehr in Gefahr kämen durch Herabdrückung des Arbeitslohns oder durch Aufhören der Unternehmungen selbst, wenn sie in Privathände kommen. Ich bin von dem Gegentheil überzeugt, und der Abg. v. Tscheppe wird sich auch davon überzeugen können, wenn er sich in Privatwerken umsieht, und fragt, wie die

Leute bezahlt seyn. Der Private bezahlt besser, als der Staat, und es besteht dabei nur der einzige Unterschied, daß der Private mehr Leistungen fordert, als sie auf dem andern Wege gefordert werden. Auch ist der Private in der Wahl der Leute strenger, als der Staat. Daß die jetzige Verwaltung gut ist, will ich gerne zugeben. Aber daß es möglich ist, sie noch besser zu machen, daran zweifle ich auch nicht. Und daß dieses in Privathänden eher möglich ist, als unter der Verwaltung des Staats, ist ganz einfach darzuthun. Kein Finanzminister kann die Verantwortlichkeit übernehmen, das Staatsvermögen so zu wagen, wie ein Privatunternehmer sein eigenes Vermögen wagen kann. Wenn es gut geht, so steht dem Finanzminister allerdings ein Lob bevor; wenn er aber unglücklich ist, so befindet er sich in einer um so schlimmern Lage, wogegen der Private lediglich sich selbst verantwortlich ist, und darin liegt der Hauptgrund, warum die Verbesserungen bei den Privaten schneller von statten gehen. Der Abg. Welcker hat von Sachsen angeführt, daß die dort in Privathänden befindlichen Eisenwerke so weit zurück seyen. Es ist möglich, daß in Sachsen Manches zurück ist, allein ich will Beispiele von der Westseite von Deutschland anführen, z. B. von Rheinpreußen und Rheinbayern, wo der fragliche Fabricationszweig weit höher steht als bei uns, indem gerade die chemischen Laboratorien, wovon der verlesene Zeitungsartikel spricht, dort eingeführt sind. Ich habe übrigens auch alles Vertrauen zu den Privaten, die unsere Eisenwerke kaufen. Denn derjenige, der ein Kapital von 2 Millionen aufwendet, hat gewiß recht ernstlich im Sinn, etwas damit verdienen zu wollen, und das Object so viel als möglich emporzubringen suchen. Diese 2 Millionen würden sonst bald verloren gehen. Und wenn dieß aber auch wäre, so würde dieses kein so großes Unglück für den Staat seyn, indem nach finanziellen Ansichten eben Andere heraufsteigen. Wenn der erste Unternehmer fällt, so ist der Zweite desto blühender, als Phönix aus dem Feuer neu erstehend. Der Zweite erhält die Werke um einen geringern Preis, und bei der Größe des Verkaufsobjects ist nicht zu fürchten, daß die Werke in Verfall kommen, indem nicht Einer allein sein Vermögen hineinstecken, sondern wahrscheinlich eine Actiengesellschaft das Ganze kaufen wird, wo Jeder, der daran Theil nimmt, einen gewissen Theil von seinem Vermögen darauf verwendet. Wie weit aber durch solche Actiengesellschaften Fabricationen dieser Art in England kommen, ist schon hinreichend ausge-

führt worden. Was dagegen die von England angeführte Armuth, und die Bemerkung betrifft, daß die Arbeiter dort herabgedrückt würden, so ist dieß irrig. Denn die Armentare und das Elend der Fabrikarbeiter kommt nicht daher, daß sie der Fabrikherr im Preise herabdrückt, sondern weil ihnen derselbe keine Arbeit geben kann, und sie entlassen muß, was aber bei den Eisenwerken nicht geschehen kann. Wenn die Leute tauglich sind, werden sie ihr Brod fort haben, und sind sie nicht tauglich, so ist es ihre Schuld. Denn wenn man die Untauglichkeit fort und fort belohnen wollte, so wäre bei uns eigentlich schon eine Armentare eingeführt, da ich es Armentare nennen muß, wenn ich untaugliche Leute anstellen und pensioniren soll. Ich muß also unter allen diesen Voraussetzungen dafür stimmen, daß die Eisenwerke zum Verkauf ausgesetzt werden, um so mehr, da es mit diesen 8 pCt. noch nicht so ganz richtig zu seyn scheint. Davon können wir erst sprechen, wenn wir wissen, was sie werth sind, und dieses können wir nur dadurch erfahren, daß wir sie zum Verkauf aussetzen.

Martin: Der Herr Finanzminister hat als Ursache der Vorlage dieses Gesetzes den lauten Wunsch angeführt, der sich in den Budgetcommissionen und allen bisherigen Kammern hören ließ, daß nämlich alle Selbstverwaltung des Staats aufhören möchte. Ich bedauere, daß der Herr Finanzminister nur in diesem Punkt den Wünschen der Budgetcommission willfahrt hat. Die Budgetcommissionen haben jeweils viele Wünsche ausgesprochen, welche die Verminderung der Steuern betrafen, und eben so gut hätte also der Herr Finanzminister uns ein Gesetz vorlegen können, das die Steuer wesentlich vermindert hätte. —

Auf vielstimmiges Verlangen wird die Discussion geschlossen, und nun noch dem Berichterstatter das Wort gegeben.

(Beschluß folgt.)

Tagesordnung der II. Kammer für die Sitzung am Dienstag den 16. Juli früh 9 Uhr.

- 1) Anzeige neuer Eingaben und Motionen.
- 2) Erstattung des Commissionsberichts vom Abg. Sander über Werks Motion den persönlichen Untersuchungsverhaft betreffend.
- 3) Discussion des vom Abg. Gerbel erstatteten Berichts über Aschbachs Motion, die Urlaubsrescripte betreffend.
- 4) Berichte der Petitionscommission:
 - a. über die Eingabe des erzbischöflichen Decanats zu Breisach, Besteuerung der Besoldungsgüter betreffend.
 - b. über die Bitte der Stadt Constanz um Wiederverleihung einer Garnison.
- 5) Nach geschlossener öffentlicher Sitzung geheime Sitzung wegen des Drucks des Protokolls der geheimen Sitzung über die Dankadresse.